

**Nr. 18/197**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 7. Dezember 2011  
(Drucksache 18/158)  
1. Lesung
2. Bedarfsgerechte Versorgung mit Hospizplätzen im Land Bremen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 13. Dezember 2011  
(Drucksache 18/175)
3. Ganzheitliche Begleitung und Versorgung Schwerstkranker und Sterbender absichern  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. Januar 2012  
(Drucksache 18/210)
4. Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU  
vom 21. Februar 2012  
(Drucksache 18/263)
5. Bundesfreiwilligendienst stärken – Anreizsystem schaffen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 17. Januar 2012  
(Drucksache 18/200)

**Nr. 18/198**

**Fragestunde**

1. Europapolitisches Jugendkonzept  
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hiller, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD  
vom 24. Januar 2012

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Lohnungleichheit im öffentlichen Dienst: EG-Check für Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 25. Januar 2012

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Beteiligung lernen – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern  
Anfrage der Abgeordneten Marie Hoppe, Carsten Werner, Linda Neddermann, Dr. Stephan Schlenker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2012

4. Lärmschutz an der A 1  
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. Januar 2012
  5. Kontakte der NSU nach Bremen  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 26. Januar 2012
  6. Altbewerber/-innen mit Migrationshintergrund  
Anfrage der Abgeordneten Ali Seyrek, Dieter Reinken, Valentina Tuchel, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 30. Januar 2012
  7. Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ unterzeichnen  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. Februar 2012
  8. Straftatbestand der Haushaltsuntreue  
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2012
  9. Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven  
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Februar 2012
  10. Preisabsprachen beim Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen  
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Februar 2012
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Zuwanderung von Roma aus Osteuropa  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 14. Februar 2012
  12. Vergütungszahlungen bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2012
  13. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur W-Besoldung von Professoren  
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Februar 2012

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

## **Nr. 18/199**

### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten Ulrike Hiller, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Gewalt in Syrien stoppen – Demokratiebewegung unterstützen“.**

## **Nr. 18/200**

### **Das Wahlrecht erweitern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2012  
(Drucksache 18/214)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss „Ausweitung des Wahlrechts“ ein. Der Ausschuss hat die Aufgabe,

1. die Möglichkeit der Ausweitung des Wahlrechts zu den Beirätewahlen in der Stadtgemeinde Bremen auf Bremer Bürgerinnen und Bürger, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines anderen EU-Mitgliedstaats besitzen, zu prüfen und eine entsprechende (landesverfassungs-)gesetzliche Regelung vorzuschlagen, die ihnen das aktive und passive Wahlrecht eröffnet; hilfsweise, sofern Zweifel an der Zulässigkeit einer solchen Regelung bestehen sollten, einen inhaltlich entsprechenden Vorlagebeschluss an den Staatsgerichtshof gemäß Artikel 140 Absatz 1 Landesverfassung vorzubereiten;
2. die Möglichkeit der Ausweitung des Wahlrechts auf Bremer Bürgerinnen und Bürger, die die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats besitzen, zu den Wahlen zur Bürgerschaft – Landtag – zu prüfen und eine entsprechende (landesverfassungs-)gesetzliche Regelung vorzuschlagen, die ihnen das aktive und passive Wahlrecht eröffnet; hilfsweise, sofern Zweifel an der Zulässigkeit einer solchen Regelung bestehen sollten, einen inhaltlich entsprechenden Vorlagebeschluss an den Staatsgerichtshof gemäß Artikel 140 Absatz 1 Landesverfassung vorzubereiten.

Der Ausschuss besteht aus neun Mitgliedern und neun stellvertretenden Mitgliedern.

## Nr. 18/201

### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“:

Von der SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Hiller, Ulrike	Böschchen, Sybille
Senkal, Sükrü	Bolayela, Elombo
Tschöpe, Björn	Gürlevik, Aydin
Tuchel, Valentina	Öztürk, Patrick

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Dr. Kuhn, Hermann	Dr. Eversberg, Ulf
Dr. Mohammadzadeh, Zahra	Hoppe, Marie

Von der CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Häsler, Luisa-Katharina	Grönert, Sigrid
Piontkowski, Gabriela	Hinners, Wilhelm

Von der Fraktion DIE LINKE

Mitglied	Stellvertreter
Tuncel, Cindi	Erlanson, Peter

## Nr. 18/202

### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sondervermögensausschusses „Sonstiges Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremen“**

Diese Wahl entfällt durch die Annahme des Antrags mit der Drucksachen-Nr. 18/253.

## **Nr. 18/203**

### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sondervermögensausschusses „Bremer Kapitaldienstfonds“**

Diese Wahl entfällt durch die Annahme des Antrags mit der Drucksachen-Nr. 18/253.

## **Nr. 18/204**

### **Änderung der Aufgaben des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU  
vom 21. Februar 2012  
(Drucksache 18/253)

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Artikel 105 Absatz 3 der Landesverfassung die Aufgaben nach Artikel 101 Absatz 1 Nrn. 3, 4, 6 und 7 der Landesverfassung.  
Geschäfte mit einem Gegenstandswert unterhalb 200 000 † werden als Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne von Artikel 101 Absatz 1 Nrn. 6 und 7 der Landesverfassung angesehen.
2. Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen, der Eigenbetriebe und sonstiger Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen wahr.  
Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Haushalts- und Finanzausschuss die Aufgaben der Bürgerschaft nach §§ 17 Absatz 3 Satz 2, 18 Absatz 3, 20 Absatz 1 und 6, 25 Absatz 1 sowie 36 Absatz 5 des Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG).  
Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgaben eines Sondervermögensausschusses nach dem Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG) und nach dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen (BremVersRücklG) wahr. Seine Aufgaben nach dem Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds nimmt er als Sondervermögensausschuss des Bremer Kapitaldienstfonds wahr.
3. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat zudem die Aufgabe, das Personalmanagement und die Reform der Verwaltung des Landes parlamentarisch zu behandeln und zu kontrollieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, ständige oder nichtständige Unterausschüsse zu errichten und diesen durch Beschluss Aufgaben zu übertragen. Der Haushalts- und Finanzausschuss berichtet der Bürgerschaft (Landtag) über die Errichtung und über die den Unterausschüssen übertragenen Aufgaben. Die Unterausschüsse berichten regelmäßig dem Haushalts- und Finanzausschuss über ihre Tätigkeit.

## **Nr. 18/205**

### **Gesetz zur Neuregelung des Unschädlichkeitszeugnisrechts**

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2012  
(Drucksache 18/185)  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 18/206**

### **Drittes Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz**

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2012  
(Drucksache 18/238)  
1. Lesung  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## **Nr. 18/207**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 15. Februar 2012**

(Drucksache 18/247)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 18/208**

### **Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses**

Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Mustafa Ö z t ü r k

anstelle des Abgeordneten Carsten Werner zum Mitglied und den Abgeordneten

Carsten W e r n e r

anstelle des Abgeordneten Mustafa Öztürk zum stellvertretenden Mitglied des Petitionsausschusses.

## **Nr. 18/209**

### **Bildungsföderalismus weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 3. Februar 2012

(Drucksache 18/222)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung, den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie den Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit (federführend).

## **Nr. 18/210**

### **10 Jahre Hartz-Kommission – 10 Jahre Armut per Gesetz**

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE

vom 15. Februar 2012

(Drucksache 18/244)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

## **Nr. 18/211**

### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen (Untersuchungsausschussgesetz)**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 31. Januar 2012

(Drucksache 18/219)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

## **Nr. 18/212**

### **Einrichtung einer Stelle eines Opferschutzbeauftragten**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 13. September 2011  
(Drucksache 18/51)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/213**

### **Anspruch auf Beratung und Hilfe für Opfer von Gewalt**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 21. Februar 2012  
(Neufassung der Drucksache 18/261 vom 21. Februar 2012)  
(Drucksache 18/267)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für ein Gesetz zur Hilfe und Unterstützung für von Gewalt betroffene Menschen einzusetzen, das Menschen, die von Gewalt betroffen waren oder sind, Anspruch auf zeitnahe Beratung und Unterstützung durch unabhängige spezialisierte Beratungsstellen garantiert, die der Schweigepflicht unterliegen, und durch das auch die bedarfsdeckende Finanzierung geregelt wird.
2. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines Jahres über das Erreichte zu berichten.

## **Nr. 18/214**

### **Ökologische Erneuerung der Stromerzeugung in Bremen und Bremerhaven**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 14. November 2011  
(Drucksache 18/123)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 7. Februar 2012**

(Drucksache 18/225)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/215**

### **Freiwillige Feuerwehren im Land Bremen weiter fördern**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 13. Dezember 2011  
(Drucksache 18/163)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.



